



Kirchliche Hilfswerke: Fatale Folgen einer einseitigen Sicherheitspolitik

Hajo Goertz

Im Zusammenhang mit den Haushaltsberatungen der Bundesregierung mahnen die deutschen Entwicklungsorganisationen wie alle Jahre so auch jetzt wieder eine deutliche Steigerung der Entwicklungshilfe an. Berlin bleibe weit hinter Zusagen und internationalen Verpflichtungen zurück. Die kirchlichen Hilfswerke kritisieren zudem eine politische Einseitigkeit mit fatalen Auswirkungen.

„Mit besonderer Sorge sehen wir, dass sich im Schatten militärischer Interventionen die politischen Prioritäten verschieben.“ erklärt Josef Sayer, Chef des katholischen Entwicklungshilfswerks Misereor. „In der Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 kam es zu einer Fixierung auf militärisch definierte Sicherheit als zentraler Bezugsgröße in der internationalen Politik... Die Entwicklungspolitik droht mehr und mehr in sicherheitspolitische Überlegungen eingebettet zu werden, um dieses Wort aus dem Irak-Krieg da zu verwenden.“

Die deutschen Entwicklungsorganisationen der beiden Kirchen befürchten nicht nur, dass die Entwicklungszusammenarbeit und die dafür aufgebrauchten Gelder einen immer nachrangigeren Stellenwert bekommen; sie argwöhnen auch, dass der Entwicklungspolitik eine Rolle zugedacht wird, die ihrer eigentlichen Aufgabe geradezu zuwiderläuft.

Interventionsstrategien

Sayer: „Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe geraten zunehmend zum Bestandteil politisch-militärischer Interventionsstrategien. Sie sollen diese unterstützen, flankieren und legitimieren, wie beispielsweise im Fall von Afghanistan oder im Irak-Krieg es ja auch bereits geschehen ist.“

Vorsichtig wird von den Hilfswerken der Verdacht geäußert, Amerikaner tarnten eigentlich militärische Einsätze unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe und ziviler Wiederaufbauarbeit. Dem Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan, der von allen Parteien gestützt wird, wird eine derartige Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit nicht vorgeworfen. Aber schon die unscharfe Trennung zwischen militärischem Auftrag und ziviler Aufbauarbeit bringt auch good-will-Aktionen deutscher Soldaten in ein Zwielicht.

Soldaten im Zwielicht

Dazu berichtet Konrad von Bonin, Chef des Evangelischen Entwicklungsdienstes: „Es gibt in Kundus Beobachtungen von unseren Schwesterorganisationen, dass Soldaten, übrigens auch der Bundeswehr in Zivilfahrzeugen gefahren sein sollen. Wenn das tatsächlich so gewesen ist, - die Berichte sind nach den Quellen, die wir haben,

Vorsichtig wird von den Hilfswerken der Verdacht geäußert, Amerikaner tarnten eigentlich militärische Einsätze unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe und ziviler Wiederaufbauarbeit.

glaubwürdig - ist das auch eine Form der Vermischung von erkennbarem Militär und zivilen Einsätzen. Ich sehe da eine ganz, ganz große Gefahr. Wenn nicht mehr unterschieden werden kann, ... sind das Soldaten oder sind das Hilfsorganisationen, dann ... richten sich zunehmend Angriffe auch gegen die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Hilfsorganisationen.“

Es ist nicht auszuschließen, dass Anfang des Jahres fünf Mitarbeiter einer deutschen Hilfsorganisation diese Verwechslung mit dem Leben bezahlt haben, meint von Bonin: „Es gibt ernst zu nehmende Leute, die die Angriffe auf die Kolleginnen und Kollegen von „Ärzte ohne Grenzen“ in Afghanistan mit darauf zurückführen. Nicht speziell, das will ich ausdrücklich sagen, auf dieses Verhalten der Bundeswehr, sondern auf diese Vermischung, für die Afghanistan in manchen Fällen ein Beispiel ist.“

Diese unmittelbare Gefährdung ziviler Entwicklungspartnerschaft führen die Hilfswerke darauf zurück, dass im internationalen Kampf gegen den Terrorismus einseitig auf militärische Einsätze gesetzt werde. Gleich nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center hatten die Entwicklungsorganisationen gefordert, dem Terrorismus auch

durch gesteigerte Entwicklungshilfe den Boden zu entziehen.

Interessen der US-Regierung

Das genaue Gegenteil weiß Misereor-Chef Sayer aus afrikanischen Flüchtlingslagern zu berichten: „Wenn Menschen in Lagern leben in Tansania und ihnen plötzlich die Essensration gekürzt wird um die Hälfte nur wegen des Irak-Krieges, wenn sie erfahren, dass plötzlich Bildungsarbeit zu einem symbolischen Beitrag abgesenkt wird, dann muss ich doch sagen, ... dass es nicht darum geht, allgemein Sicherheit zu schaffen, allgemein die Menschenwürde zu wahren, sondern dass die Interessen der US-Regierung dominant sind und dominant waren.“

Eine Politik, die für Entwicklungshilfe mindestens so viel Mittel aufbrächte wie für die militärischen Einsätze, wäre nach Ansicht der kirchlichen Entwicklungsorganisationen erheblich effektiver. Sayer: „Hätten wir nach dem 11. September 80 Milliarden eingesetzt für Arbeit der Gerechtigkeit, ich glaube, die Welt sähe heute anders aus. USA stünde in der Welt ganz anders da, als sie heute dasteht. ... es würde nicht unterstellt von Leuten aus den islamischen Staaten, dass es doch nur um das Erdöl geht, dass es doch nur um die Machtinteressen der USA geht.“

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Deutschlandfunks).

Hajo Goertz ist freier Journalist.